



# Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 047-2026  
Vorstossart: Motion  
Richtlinienmotion:   
Geschäftsnummer: 2026.GRPARL.129

Eingereicht am: 09.03.2026

Fraktionsvorstoss: Nein  
Vorstoss Ratsorgan: Nein  
Eingereicht von: Zimmermann (Frutigen, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja  
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom  
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert  
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

## Verhältnismässige Unterbringung von Geflüchteten in kleinen Gemeinden

Der Regierungsrat wird beauftragt sicherzustellen, dass bei der Planung von Asylunterkünften in kleinen Gemeinden die Kapazitäten der lokalen Infrastruktur sowie das Verhältnis zwischen Wohnbevölkerung und untergebrachten Personen angemessen berücksichtigt werden. Insbesondere soll verhindert werden, dass in Gemeinden mit sehr kleiner Einwohnerzahl überproportional grosse Asylunterkünfte eingerichtet werden.

### Begründung:

Die Aufnahme von Menschen auf der Flucht ist eine wichtige humanitäre Aufgabe der Schweiz und der Kantone. Damit diese Aufgabe nachhaltig erfüllt werden kann, braucht es jedoch eine ausgewogene und verhältnismässige Verteilung der Unterbringungsstrukturen über verschiedene Regionen und Gemeinden.

In der Tourismusgemeinde Kandersteg mit rund 1300 Einwohnerinnen und Einwohnern ist vorgesehen, in einer bestehenden, sanierungsbedürftigen Unterkunft rund 160 geflüchtete Personen unterzubringen. Dies entspräche innerhalb kurzer Zeit einer zusätzlichen Bevölkerungsgruppe von über 12 Prozent der lokalen Wohnbevölkerung.

Eine derart hohe Konzentration von untergebrachten Personen stellt kleine Gemeinden vor besondere Herausforderungen:

Erstens verfügen kleinere Gemeinden naturgemäss über begrenzte infrastrukturelle Kapazitäten, etwa im Bereich medizinischer Versorgung, soziale Betreuung und öffentliche Sicherheit.

Zweitens sind auch die personellen Ressourcen der Gemeindeverwaltung und lokaler Unterstützungsstrukturen beschränkt.

Drittens ist Kandersteg eine stark tourismusgeprägte Berggemeinde, deren wirtschaftliche Strukturen und Infrastruktur auf den Tourismus ausgerichtet sind. Zusätzliche langfristige Belastungen können hier besondere Auswirkungen haben.

Eine nachhaltige und erfolgreiche Asylpolitik ist darauf angewiesen, dass die Unterbringung von Asylsuchenden und Geflüchteten breit abgestützt und regional ausgewogen erfolgt. Überproportional grosse Einrichtungen in sehr kleinen Gemeinden können die Akzeptanz der Bevölkerung beeinträchtigen und die Arbeit erschweren.

Mit der Festlegung klarer Kriterien für das Verhältnis zwischen Unterkunftskapazität und Einwohnerzahl soll sichergestellt werden, dass Standortentscheide künftig stärker an den tatsächlichen Möglichkeiten der Gemeinden ausgerichtet werden.

Begründung der Dringlichkeit: Der Kanton wird in Zukunft vermehrt neue Asylunterkünfte suchen müssen.

Verteiler

– Grosser Rat